

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: 75 Jahre Grundgesetz – Demokratie stärken – Frieden, Freiheit und Wohlstand sichern – Wachsamkeit und Entschlossenheit gegenüber jeder Art von Extremismus

Der Landtag wolle beschließen:

Mit der Unterzeichnung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates – die Mütter und Väter des Grundgesetzes – haben damit eine neue Wertordnung geschaffen, die nach dem Zivilisationsbruch durch die Shoa dem deutschen Volk einen moralischen, politischen und wirtschaftlichen Neuanfang ermöglichte.

Das Grundgesetz ist mit Blick auf die deutsche Verfassungsgeschichte ein herausragender Erfolg. Es ist nicht nur stabiles Fundament unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates, sondern zugleich auch eine Quelle für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die innere Integration unseres Staates. 75 Jahre Grundgesetz bedeuten 75 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand. Doch unsere Demokratie wird 75 Jahre nach Unterzeichnung des Grundgesetzes wie selten zuvor herausgefordert – von innen wie von außen.

Unsere offene Gesellschaft in Deutschland wird durch unterschiedliche Arten von Extremismus bedroht, sei es durch Rechts- und Linksextremismus, Antisemitismus oder Islamismus. Solchen Angriffen auf unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat müssen wir entschieden entgegentreten. Dabei darf es keine Rolle spielen, aus welcher Motivation oder aus welcher Richtung sie kommen. Wir brauchen Wachsamkeit und Entschlossenheit gegenüber jeder Art von Extremismus und Bedrohung.

Insbesondere gegenüber unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern stehen wir dabei in besonderer Verantwortung. Der Kampf gegen Antisemitismus ist unser historischer Auftrag und aktueller denn je. Wir stehen deshalb entschlossen gegen jegliche Form von Antisemitismus ein.

Der Rechtsextremismus bedroht unsere innere Sicherheit. Er versucht, unsere liberal-demokratische Ordnung zu destabilisieren. Die Einstufung der AfD als rechtsextremer Verdachtsfall, die das OVG Münster vor wenigen Tagen bestätigt hat, zeigt, dass der wehrhafte Rechtsstaat entschlossen handelt. Daneben stellen auch linksextreme Kräfte eine Gefahr dar; Anschläge auf die kritische Infrastruktur oder Gewalt gegen Personen als Mittel der politischen Auseinandersetzung gefährden ebenfalls unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Der Staat muss auch hier sein Gewaltmonopol durchsetzen und darf keine rechtsfreien Räume zulassen.

Integration kann nur auf der Basis unserer Werte gelingen. Hierzu zählen insbesondere Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Toleranz und Trennung von Staat und Religion. All das lehnt der radikale Islam ab. Wenn in Deutschland militante Islamisten den Umsturz unserer freiheitlichen Rechtsordnung und die Gründung eines Kalifats auf Basis der Scharia fordern, müssen wir handeln.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere Behörden alle Mittel zur Verfügung haben, um unsere Demokratie vor Extremisten jeder Art zu schützen. Genauso wichtig ist aber auch die argumentative Überzeugungskraft, die in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ständig gelebt werden muss.

Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts geht das Grundgesetz davon aus, dass nur die ständige geistige Auseinandersetzung der richtige Weg zur Bildung des Staatswillens ist. Es vertraut auf die Kraft dieser Auseinandersetzung als wirksamste Waffe gegen die Verbreitung totalitärer und menschenverachtender Ideologien. Das bedeutet konkret: Verfassungsfeindliche Kräfte müssen inhaltlich gestellt und politisch mit überzeugenden Argumenten bekämpft werden.

Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit steht die Demokratie unter Druck. Um den globalen Gestaltungsanspruch im 21. Jahrhundert ringen aktuell Demokratien und autoritäre Staaten. Der brutale Angriff Russlands gegen die Ukraine und die zunehmenden Bestrebungen Chinas, die internationale Ordnung nach eigenen Vorstellungen zu verändern, verdeutlichen dies.

Wir müssen uns gegen die Gefahren wappnen, die davon ausgehen, dass autoritäre Staaten zunehmend versuchen, die Meinungsbildung in unserer offenen Gesellschaft zu manipulieren. Es wird versucht, das Vertrauen der Menschen in den Staat und seine Institutionen zu untergraben und die Gesellschaft zu spalten, insbesondere über soziale Medien, aber auch durch Cyberattacken.

Auch 75 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik gibt die repräsentative Demokratie den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und dem notwendigen Ausgleich der Interessen Struktur und Legitimität. Sie gilt es zu verteidigen. Deshalb ist klar: Wer diejenigen angreift, die von der Kommune über Land und Bund bis hin nach Europa Verantwortung übernehmen, der greift uns alle an. Hier muss der Rechtsstaat mit voller Härte durchgreifen. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein. Für uns hat deshalb ein handlungs- und durchsetzungsfähiger Rechtsstaat oberste Priorität.

Der Landtag des Saarlandes ist daher entschlossen:

- zeitnah mit der Erarbeitung einer Präambel zur Verfassung des Saarlandes, einschließlich einer Anti-Antisemitismusklausel, zu beginnen und
- Vorschläge zur Änderung der Verfassung des Saarlandes zu prüfen mit dem Ziel der Sicherung der Funktionsweise des Verfassungsgerichts des Saarlandes.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:

- für eine angemessene Ausstattung von Polizei und Justiz zu sorgen, vor allem das Versprechen einzuhalten, jährlich 150 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einzustellen und
- konsequent gegen alle Gruppierungen und Verfassungsfeinde jeder Art vorzugehen, die unsere Verfassungsordnung bekämpfen.

Der Landtag des Saarlandes fordert Bundestag und Bundesregierung auf:

- Vorschläge zur Änderung des Grundgesetzes zu prüfen mit dem Ziel der Sicherung der Funktionsweise des Bundesverfassungsgerichts,
- konsequent gegen alle Gruppierungen und Verfassungsfeinde jeder Art vorzugehen, die unsere Verfassungsordnung bekämpfen, insbesondere das Strafrecht im Falle der Forderung nach einer Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verschärfen,
- islamistische Vereine und Vereinigungen konsequent zu verfolgen und zu verbieten sowie dafür Sorge zu tragen, dass Islamisten wo immer möglich konsequent abgeschoben werden und ihnen bei doppelter Staatsbürgerschaft der deutsche Pass entzogen wird und
- den Pakt für den Rechtsstaat fortzuschreiben und dabei nicht nur die Personalisierung von Richtern und Staatsanwälten, sondern auch von weiteren Berufsgruppen, die für das Funktionieren des Rechtsstaats unersetzlich sind, finanziell zu unterstützen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.